

Hannah Dittmers

Die Anpassung
im europäischen
Internationalen Privatrecht



PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

Einführung	27
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	27
B. Gang der Darstellung	28
 Kapitel 1. Die Grundlagen der Anpassung und die aktuelle Bedeutung des Instituts	31
A. Das Problem und seine Ursachen	31
I. Die Anpassung als Institut des Allgemeinen Teils des Internationalen Privatrechts	31
1. Definition und Überblick	31
2. Der Begriff „Anpassung“	34
3. Abgrenzung zu verwandten Instituten	35
a) Anpassung und Substitution	35
aa) Subsumtionsanpassung und Konklusionsanpassung	36
bb) Würdigung	37
b) Anpassung und Transposition	38
c) Anpassung und <i>ordre public</i>	40
d) Zusammenfassung	42
II. Die Bedeutung der Anpassung in der deutschen Rechtsprechung	43
1. Der Bundesgerichtshof zur Anpassung	43
a) Der Sachverhalt	43
b) Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs	44
c) Stimmen aus der Literatur	45
2. Die Qualifikation des Zugewinnausgleichs und ihre Bedeutung für die Anpassung	46
a) Die deutsche Rechtsprechung	46
b) Europäische Ebene: Der EuGH in der Rechtssache <i>Mahnkopf</i>	48

c)	Würdigung der Entscheidung	50
d)	Ausblick: die Anpassung bei erbrechtlicher Qualifikation des deutschen Zugewinnausgleichs im europäischen IPR	52
3.	Die Anpassung in der instanzgerichtlichen deutschen Rechtsprechung	55
a)	Unterhaltsanspruch zwischen deutschem und griechischem Recht	55
b)	Der „Tänzerin-Fall“	56
c)	Der „Hauskind-Fall“	57
d)	Auskunftsanspruch zwischen deutschem und französischem Recht	58
e)	Zusammenfassung	60
III.	Die Ursache des Anpassungsproblems: Die „analytische Methode“ des IPR	60
1.	Allgemein: Die Zersplitterung des internationalen Sachverhalts	60
2.	Die Entstehung von Anpassungslagen im Einzelnen	62
a)	Das Auseinanderfallen von Vor- und Teilfragenstatut einerseits und Hauptfragenstatut andererseits	63
b)	Der Statutenwechsel	63
c)	Die Rechtswahl durch die Parteien	64
B.	Fallgruppen der Anpassung	64
I.	Der Normenmangel	65
1.	Allgemein	65
2.	Beispiele aus dem autonomen IPR	66
a)	Der „Witwenfall“ als „Schwedenfall“	66
b)	Der „Hauskind-Fall“	67
3.	Beispiele aus dem europäischen IPR	68
a)	Der Normenmangel im Witwenfall	68
b)	Der „Hauskind-Fall“	70
II.	Die Normenhäufung	70
1.	Allgemein	70

2. Beispiele aus dem autonomen IPR	71
a) Der „umgekehrte Witwenfall“	71
b) Einander widersprechende Kommorientenvermutungen	71
3. Beispiele aus dem europäischen IPR	72
a) Der Witwenfall	72
b) Einander widersprechende Kommorientenvermutungen	74
III. Die qualitative Normdiskrepanz im deutschen und europäischen IPR	74
1. Der Trust	74
2. Die Verwirklichung des Vindikationslegats	75
IV. Das Auseinanderfallen von Sach- und Prozessrecht	77
1. Autonomes IPR	78
2. Europäisches IPR	79
a) Beispiel: Japanisches Unterhaltsrecht	79
b) Beispiel: Auskunftsanspruch aus französischem Recht	80
V. Der einseitige Normwiderspruch	81
1. Autonomes IPR	81
2. Europäisches IPR	83
VI. Kritik und Stellungnahme	84
1. Kritik an der Einteilung in die klassischen Fallgruppen	84
2. Stellungnahme	84

Kapitel 2. Die Stellung und Funktion der Anpassung im Gefüge von Sach- und Kollisionsrecht	87
A. Zwei Ebenen der Rechtsanwendung	87
I. Das Verhältnis von Sach- und Kollisionsrecht	87
1. Das Kollisionsrecht und seine Gerechtigkeit	88
2. Das Verhältnis zum Sachrecht und seiner Gerechtigkeit	90

II.	Folgerungen für die Anpassung	92
1.	Das Anpassungsverständnis in Abhängigkeit des Verhältnisses der Rechtsanwendungsebenen	92
a)	Die ergebnisorientierte Korrektur im Rahmen der Anpassung	92
b)	Die Anpassung als sachrechtliche Auslegungsmethode	93
2.	Abgrenzung der Anpassung von der Auslegung	95
3.	Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt ...	97
III.	Verwandte Probleme der Spannung zwischen den Rechtsanwendungsebenen: Zwei-Stufen-Theorie und „Handeln unter falschem Recht“	98
1.	Ausgangspunkt: Die Anpassung bei Maßgeblichkeit nur eines Sachrechts	98
2.	Das „Handeln unter falschem Recht“ und die Datum- und Zweistufen-Theorie	99
a)	„Handeln unter falschem Recht“	99
b)	Datum- und Zwei-Stufen-Theorie	101
IV.	Stellungnahme	103
1.	Die Bedeutung des Grundverständnisses des Kollisionsrechts für die Anpassung	103
2.	Die Bedeutung der kollisionsrechtlichen Verweisung für die Anpassung	104
a)	Die Aufrechterhaltung der kollisionsrechtlichen Grundentscheidung	104
b)	Die Ablehnung von Erwägungen der Billigkeit oder materiellen Gerechtigkeit	105
c)	Rechtssicherheit	106
3.	Die dogmatischen Grundlagen der Lösungsansätze	107
a)	Sachrechtliche Anpassung	107
aa)	Bewertung der sachrechtlichen Anpassung	107
bb)	Kritik am Fokus auf den Tatbestand	109
b)	Kollisionsrechtliche Anpassung	111

aa)	Dogmatische Begründung der Notwendigkeit kollisionsrechtlicher Lösungen	111
bb)	Verhältnis der kollisionsrechtlichen Anpassung zu Ausweichklauseln	112
4.	Zwischenergebnis	114
V.	Die Anpassung als <i>adjustment</i> oder <i>false conflict</i>	114
1.	<i>Adaptation</i> oder <i>adjustment</i> und kontinentaleuropäische Anpassung	115
a)	Allgemein	115
b)	Die „Angleichung konfligierender Rechte“	115
c)	Stellungnahme	116
2.	Das Anpassungsproblem als <i>false conflict</i>	118
a)	Die Lehre vom <i>false conflict</i>	118
b)	Beispiel für einen <i>false conflict</i>	119
c)	Würdigung	121
3.	Zusammenfassung und Bewertung	121
B.	Notwendigkeit der Anpassung	122
I.	Begründungsansätze aus der Lehre	122
1.	Das Postulat der Einheit der Rechtsordnung	122
2.	Echter und unechter bzw. logischer und teleologischer Normwiderspruch	124
3.	Die Störung der sachrechtlichen Interessenlage	125
4.	Anpassungslagen als ausgleichsbedürftige Ungleichbehandlungen	126
II.	Würdigung	127
1.	Einheit der Rechtsordnung sowie echter und unechter Normwiderspruch	127
2.	Das Abweichen des Ergebnisses von dem für Inlandsfälle gemeinsam Gewollten	128
a)	Tauglichkeit für die Rechtsanwendung	128
b)	Die Ausrichtung des Sachrechts auf Inlandssachverhalte	129
3.	Zusammenfassung	130

III.	Die Anpassungsnotwendigkeit in der Rechtsprechung	130
1.	Deutsches Güterrecht und griechisches Erbrecht	131
2.	Verschuldensscheidung nach österreichischem Recht	131
3.	Urheber eines Werks und öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis	134
4.	Zusammenfassung	136
IV.	Stellungnahme	136
C.	Auswirkungen auf die einzelnen Fallgruppen	138
I.	Die klassischen Fallgruppen	138
1.	Normenhäufung und Normenmangel	138
2.	Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs unter Anpassungsgesichtspunkten	139
3.	Qualitative Normdiskrepanz	142
II.	Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt	144
III.	Die bevorstehende und die erfolgte Rechtsanwendung	144
1.	Allgemein	144
2.	Würdigung	146
a)	Vorausgesetzte oder bevorstehende Rechtsanwendung	146
b)	Erfolgte Rechtsanwendung	148
IV.	Der einseitige Normwiderspruch	149
1.	Allgemein	149
2.	Kritik an der Berücksichtigung des einseitigen Normwiderspruchs	149
3.	Zusammenfassung	151
V.	Hypothetischer Normwiderspruch	152
1.	Definition und Stimmen aus der Literatur	152
2.	Würdigung	153
VI.	Zusammenfassung	154

Kapitel 3. Die Lösung von Anpassungsproblemen	155
A. Die Vermeidung von Anpassungsproblemen mittels funktioneller Qualifikation oder Stufenqualifikation	155
I. Die Abgrenzung der Anpassung von der Qualifikation	155
II. Die funktionelle Qualifikation	157
1. Allgemeines und Abgrenzung zur kollisionsrechtlichen Anpassung	157
2. Vermeidung von Anpassungslagen durch funktionelle Qualifikation	158
3. Vermeidung einer Anpassungslage durch europäisch-autonome Qualifikation	160
a) Urteil des Bundesgerichtshofs zur Aufrechnung unter Geltung des UN-Kaufrechts	160
b) Beurteilung unter Anpassungsgesichtspunkten	162
c) Die europäisch-autonome Qualifikation des Art. 17 Rom I-VO	163
III. Die Stufenqualifikation	163
B. Rangverhältnis der Lösungsansätze	164
I. Verhältnis zwischen kollisionsrechtlichen und sachrechtlichen Lösungen	164
II. Würdigung	165
C. Kollisionsrechtliche Lösungsmodelle	166
I. Allgemein	166
II. Grenzverschiebungen	167
1. Die teleologische Reduktion und Extension von Kollisionsnormen	167
2. Auswahl der Kollisionsnorm	170
3. Grenzverschiebung und Auslegung	171
4. Bezug zum grundlegenden Verständnis der Anpassung	172

III. Alternativen: Die Bildung einer neuen Kollisionsnorm und die kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfung	173
D. Materiellrechtliche Lösungsmodelle	174
I. Die Formen der Sachrechtsmodifikation	174
1. Überblick	174
2. Die „bewegliche“ Anwendung von Sachnormen	176
3. Konkretisierungsansätze	177
II. Zusammenfassung und Würdigung	177
1. Die Modifikation der Sachnormen	177
2. Die Auswahl des anzupassenden Sachrechts	178
III. Beispiel: Der „Hauskindfall“	179
E. Sachnormen im IPR	179
I. Definition und Vorgang	179
II. Verhältnis zu kollisions- und materiellrechtlichen Lösungen	180
Zusammenfassung und Zwischenergebnis	181

Kapitel 4. Das europäische Internationale Privatrecht

A. Einführung	187
B. Definition und Grundlagen des europäischen Internationalen Privatrechts	188
I. Allgemeines	188
1. Terminologie und Normenbestand	188
2. Quellen des europäischen IPR	190
a) Sekundärrecht und Staatsverträge der Europäischen Union	190
b) Primärrecht als Quelle europäischen Kollisionsrechts	191

3. Die Kompetenzen der Europäischen Union bezüglich der Kodifikation des Internationalen Privatrechts	192
a) Sekundäres Unionsrecht	192
b) Die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge	194
C. Die Entstehung des europäischen IPR	194
I. Die Zeit der völkerrechtlichen Verträge	195
II. Die Phase der Europäisierung	196
D. Die Methode des europäischen IPR	198
I. Universelle Anwendbarkeit	198
II. Der Grundsatz der Rechtswahlfreiheit	199
III. Feste Anknüpfungsregeln mit Ausweichklauseln	200
IV. Bereichsbezogene Kollisionsnormen	201
V. Sachnormverweisungen	201
VI. „Sachnormorientierte“ Anknüpfungen	202
VII. Zusammenfassung: Die Entstehung von Anpassungslagen im europäischen Kollisionsrecht	202
E. Formale Eigenschaften des europäischen Kollisionsrechts	203
I. Regelungsdichte und Abstimmungsfragen	204
II. Gesetzgebungsverfahren	205
F. Die Anwendung und Auslegung des europäischen IPR	206
I. Vorbemerkung: Völkerrecht und supranationales Unionsrecht	206
II. Die autonome Auslegung	207
III. Die hergebrachten Auslegungsmethoden und ihre „europäische Bedeutung“	209
1. Die Wortlautauslegung	209
2. Die systematische Auslegung	210
3. Die historische Auslegung	210

4. Die teleologische Auslegung	211
5. Zusammenfassung: Die Freiheit des mitgliedstaatlichen Richters bei der Anwendung europäischen Kollisionsrechts	212
G. Das Vorabentscheidungsverfahren	213
I. Allgemein	213
II. Die Entscheidungen des EuGH und ihre Bedeutung für die Anwendung des europäischen Kollisionsrechts	214

Kapitel 5. Die Notwendigkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht	217
A. Vorbemerkungen	217
I. Überblick: Die bisherige Behandlung der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht in Literatur und Rechtsprechung	217
II. Prinzipielle Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht	219
B. Die Auswirkungen der Besonderheiten des europäischen Kollisionsrechts auf die Notwendigkeit der Anpassung	221
I. Aus- und Inlandssachverhalte	221
II. Ziele des europäischen Kollisionsrechts	223
1. Vorbemerkung	223
2. Klassische Ziele im europäischen Kollisionsrecht ...	224
a) Das Prinzip der engsten Verbindung	224
b) Internationaler Entscheidungseinklang, Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit	226
3. Besondere Ziele des europäischen Kollisionsrechts	227
a) Schwächerenschutz und Interessenausgleich	227
b) Die Förderung des Binnenmarkts	228
III. Würdigung: Die besondere Zweckbestimmung des europäischen Kollisionsrechts	229
C. Schlussfolgerungen für die Notwendigkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht	231

D. Die Feststellung der Störung der sachrechtlichen Interessenlage	232
---	-----

Kapitel 6. Diskussion der hergebrachten Lösungen des Anpassungsproblems unter Geltung des europäischen Kollisionsrechts	235
A. „Alte“ Lösungen und „neues“ Kollisionsrecht	235
B. Kollisionsrechtliche Lösungen	236
I. Grenzverschiebungen: Allgemein	236
II. Zum „Witwenfall“	236
1. Der Rahmen des europäischen Kollisionsrechts	237
2. Insbesondere: Erwägungsgrund 12 EuErbVO	238
III. Schaffung einer neuen Kollisionsnorm und kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfung	239
C. Probleme der teleologischen Grenzverschiebung im europäischen IPR	240
I. Ausgangspunkt: Die Befugnisse der nationalen Gerichte und das Auslegungsmonopol des EuGH	240
II. Die Vorlagepflicht der letztinstanzlichen Gerichte gemäß Art. 267 Abs. 3 AEUV	242
III. Instanzgerichte: Teleologische Grenzverschiebung als Auslegungs- oder Gültigkeitsfrage	244
1. Allgemein: Gültigkeitsfragen	244
2. Die teleologische Reduktion der europäischen Kollisionsnorm als Frage der Gültigkeit eines Unionsrechtsaktes	245
3. Die teleologische Extension der europäischen Kollisionsnorm Frage der Gültigkeit eines Unionsrechtsaktes	246
D. Zwischenergebnis: Kollisionsrechtsmodifikationen im europäischen Kollisionsrecht	247
E. Materiellrechtliche Lösungen	248
I. Die Bedeutung der Sachrechtsmodifikation für die Anwendung des europäischen Kollisionsrechts	249

II.	Die Stellung des EuGH zur Sachrechtsmodifikation im europäischen Anpassungsfall	251
1.	Erwägungen pro (Annex-)Kompetenz	251
2.	Würdigung und Entscheidung	252
a)	Keine Kompetenz hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der sachrechtlichen Anpassung ...	252
b)	Grenzziehungskompetenz des EuGH	254
III.	Zusammenfassung: Sachrechtsmodifikation und europäisches Kollisionsrecht	255

Kapitel 7. Anforderungen an die Lösung des Anpassungsproblems im europäischen Kollisionsrecht	257
A. Rangverhältnis der Lösungen	257
B. Kollisionsrechtliche Lösungen auf europäischer Ebene	258
I. Die teleologische Reduktion oder Extension im europäischen Kollisionsrecht	258
1. Allgemeine Voraussetzungen und Auswahl der Kollisionsnorm	258
2. Kollisionsrechtliche Interessen	259
3. Die Erwartungen der Parteien und der Schwerpunkt des Rechtsverhältnisses	260
II. Kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfungen	261
III. Zwischenergebnis	261
C. Sachrechtliche Lösungen auf europäischer Ebene: Die Maßgaben für die Sachrechtsmodifikation	261
I. Vorüberlegung	261
II. Die Bedeutung der im europäischen IPR benannten Sachnorminteressen für die Sachrechtsmodifikation in der materiellrechtlichen Anpassung	263
1. Ausgangspunkt: Originäre Verweisung und „Sachnormzwecke“	263
2. Einheitlichkeit der Rechtsanwendung und allgemeines Kollisionsrechtsverständnis	264

3. Bedenken gegen die Berücksichtigung der vom europäischen Ordnungsrecht verfolgten Zwecke innerhalb der sachrechtlichen Anpassung	265
a) Die Entwertung der ursprünglichen Verweisungsentscheidung	265
b) Die Stärke der Verbindung zwischen kollisions- und materiellrechtlicher Ebene	267
4. Zusammenfassung	268
III. Rechtsvergleichung	268

Kapitel 8. Analyse der Lösungen der Beispielfälle zur Anpassung im europäischen Kollisionsrecht

A. Der „Witwenfall“	271
I. Normenhäufung	271
1. Sachverhalt	271
2. Anpassung der Erbquote	272
3. Sachrechtliche Lösung	273
II. Normenmangel im deutsch-französischen „Witwenfall“	274
1. Sachverhalt und Anpassungsnotwendigkeit	274
2. Auflösung des Normwiderspruchs	275
3. Problem der Abbildung im Europäischen Nachlasszeugnis (ENZ) bei Anwendbarkeit deutschen Güterrechts und ausländischen Erbrechts	276
a) Die Ausweisung des Anteils aus § 1371 Abs. 1 BGB im ENZ	276
b) Abbildung der Wertungen der Sachrechte	276
c) Die Wahrung der Funktionsfähigkeit des ENZ	278
IV. Normenmangel im „klassischen“ Witwenfall	279
V. Zusammenfassung: der europäische „Witwenfall“	281
B. Der „Hauskindfall“	281
I. Ausgangslage	281
II. Notwendigkeit der Anpassung	282

III. Anknüpfung der Vorfrage nach dem Bestehen der Dienstleistungspflicht	282
IV. Sachrechtliche Anpassung	283
C. Einander widersprechende Kommorientenvermutungen ...	284
D. Der einseitige Normwiderspruch	286
E. Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt	289
I. Einführung	289
II. Anerkennung und Vollstreckung von „unangepassten“ Entscheidungen des Erstgerichts	289
1. Problem	289
2. Würdigung	291
III. Das Auseinanderfallen von Sach- und Prozessrecht	292
F. Zusammenfassung	293

Kapitel 9. Die Regelung der Anpassung auf EU-Ebene

A. Der „Allgemeine Teil“ des europäischen IPR und die Stellung der Anpassung in ihm	295
B. Regelungen zur Anpassung im europäischen Kollisionsrecht	298
I. Die Erwägungsgründe 12 und 17 der EuErbVO bzw. der Erwägungsgrund 26 der EuGÜVO und EuPartVO	298
II. Art. 29 Abs. 2 UAbs. 2 EuErbVO	299
III. Art. 31 EuErbVO und Art. 29 EuGÜVO/ EuPartVO – Anpassung dinglicher Rechte	300
IV. Art. 32 EuErbVO – Kommorienten	302
V. Art. 33 EuErbVO – Erbenloser Nachlass	302
VI. Art. 54 Brüssel Ia-Verordnung	303
VII. Zusammenfassung und Stellungnahme	304
C. Anpassungsregelung	304
I. Mitgliedstaatliche Gerichte und (europäische) Anpassung	304

II.	Die Regelung der Anpassung auf europäischer Ebene	307
1.	Die Kompetenzgrundlage	307
a)	Problem	307
b)	Kollisions- und Sachrechtsebene	307
c)	Vorbilder im bestehenden Regelwerk	308
d)	Der Vorrang des EU-Rechts	308
2.	Bestehende Regelungen zur Anpassung	309
a)	Art. 7 des venezolanischen IPR-Gesetzes	309
b)	Argentinisches IPR-Gesetz	310
c)	IPR-Gesetz von Panama	311
d)	Namensrecht: Art. 47 EGBGB	311
e)	Stellungnahme	312
3.	Anpassungsregelung: Hindernisse aus der dogmatischen Konzeption	312
a)	Sachrechtliche Anpassung	313
b)	Kollisionsrechtliche Anpassung	314
III.	Die Normierung des „Witwenfalls“	314
IV.	Die Regelung der Anpassung in einer „Rom 0-Verordnung“	315
D.	Ausblick: Mitgliedstaatliche Gerichte und der EuGH	317

Schluss	321
----------------	-----

Literaturverzeichnis	325
-----------------------------	-----